

Wo steht die Schweizer Politik im Bereich KI? Das Co-Präsidium von Parldigi liefert Antworten

SP-Nationalrätin **Min Li Marti** und SVP-Nationalrat **Franz Grüter** bilden das Co-Präsidium der parlamentarischen Gruppe Parldigi, die sich mit dem Thema digitale Nachhaltigkeit befasst. Im Interview schätzen sie die Chancen und Risiken von KI-Tools ein und diskutieren den Regulierungsbedarf in der Schweiz. Sie zeigen auf, wie sie parteiübergreifend Mehrheiten finden, die Meinungen beim Thema KI und Diskriminierung aber doch auseinandergehen.

Interview: Nadja Senn

Frau Marti, Herr Grüter, Sie sind beide seit 2015 Mitglied bei Parldigi. Was hat Sie dazu bewegt, sich in der parlamentarischen Gruppe zu engagieren?

Min Li Marti: Da mich die Auswirkung der Technologie auf unsere Gesellschaft und unser Leben immer schon interessiert hat, bin ich Parldigi¹ gleich nach meiner Wahl beigetreten. Weil Digitalisierung ein politisches Nischenthema ist, sind die Debatten weniger ideologisch festgefahren und es ist möglich, überparteiliche Lösungen zu finden. Zudem fasziniert mich, dass sich oft neue Themengebiete und Herausforderungen ergeben, zu welchen noch keine Lösungsansätze vorhanden sind.

Franz Grüter: Ich kann mich hier anschliessen. Die technologische Entwicklung spielt zwar im Leben aller Menschen eine wichtige Rolle, führt in der Politik aber weiterhin ein Schattendasein. Bei Parldigi ist jeweils mindestens ein Vertreter oder eine Vertreterin pro Partei dabei. So kann die Gruppe digitale Themen aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchten und stösst damit auf breite Resonanz in der Verwaltung, der Wirtschaft und in Organisationen, die sich mit der Digitalisierung befassen.

Können Sie Beispiele nennen für diese gut funktionierende parteiübergreifende Allianz?

Franz Grüter: Das beste Beispiel hierfür ist die Elektronische Identität (E-ID). Obwohl diese 2021 in der Volksabstimmung scheiterte, gelang es mittels einer parteiübergreifenden Allianz, das Thema erneut aufzunehmen. So konnte eine Vorlage durchs Parlament gebracht werden, die nicht mehr nur privatwirtschaftlich orientiert war. Dass nun an

deren Umsetzung gearbeitet wird, ist dem Umstand zu verdanken, dass nicht ideologisch, sondern sach- und themenorientiert gearbeitet wurde. Dieses Vorgehen ist auch dank unserer gut funktionierenden Zusammenarbeit im Co-Präsidium möglich. Ich möchte aber festhalten, dass wir unsere Erfolge nicht an neuen Gesetzen oder der Anzahl Vorstösse messen. Unser Ziel ist es, neue Themen aufzugreifen und deren gesellschaftliche Auswirkungen zu thematisieren. Wir beleuchten Themen oft kontrovers, laden Fachpersonen ein und diskutieren, um das Parlament bei der Meinungsbildung zu unterstützen.

Min Li Marti: Neben dem elektronischen Patientendossier werden uns in Zukunft digitale Plattformen, Algorithmen und Hatespeech beschäftigen. Unter letzterem Problem leiden wir Politikerinnen und Politiker fraktionsübergreifend. Dass man Morddrohungen erhält und aufgrund von Auftritten Angst um seine Familie haben muss, dürfte in einer Demokratie nicht der Fall sein.

Beschäftigt sich Parldigi auch mit Künstlicher Intelligenz? Inwiefern können internationale Abkommen wie die KI-Konvention des Europarats² als Leitlinien für ein Agendasetting der Gruppe dienen?

Min Li Marti: Im Bereich KI befinden wir uns etwas in Wartestellung, bis der Bundesrat seine versprochene Auslegeordnung in Bezug auf die KI-Regulierung und seine Botschaft zu der Plattformenregulierung³ präsentiert (Stand Juni 2024). Da es sich um eine neue Technologie handelt, könnte die KI-Konvention des Europarates durchaus als Leitlinie fungieren. Welche konkreten Auswirkungen



Foto: Barbara Sigg

Min Li Marti

«Weil Digitalisierung ein politisches Nischenthema ist, sind die Debatten weniger ideologisch festgefahren.»

Min Li Marti

«Die Inhalte aus den KI-Plattformen sind nicht neu und stammen oft aus den Medien.»

Franz Grüter

diese Konvention für die Schweiz hat, ist derzeit offen. Ich könnte mir aber vorstellen, dass wie beim Datenschutzgesetz gewisse Regelungen übernommen werden, das Gesetz aber nicht eins zu eins umgesetzt wird.⁴

Inwiefern ist KI im Parlament präsent und welche Technologien nutzen Sie selbst?

Min Li Marti: Da in der Kommission und der Fraktion nicht alle Dokumente von Französisch auf Deutsch übersetzt werden, nutze ich den Übersetzungsdienst DeepL⁵ häufig als Unterstützung. Zudem verwende ich eine KI-Software zur Interviewtranskription. ChatGPT⁶ habe ich ausprobiert, beschränke mich jedoch eher auf die konventionellen Suchmaschinen. Das ist vielleicht eine Generationenfrage.

Franz Grüter: Auch ich nutze DeepL oft im Parlamentsbetrieb. ChatGPT kann ich keinen grossen Nutzen abgewinnen. In meinem Umfeld merke ich, dass Schülerinnen und Schüler ChatGPT nutzen, um ihre Aufgaben schnell und einfach zu erledigen. Da die Plattformen jedoch von bereits existierenden Inhalten lernen, ist es schwierig, herauszufinden, ob die produzierten Resultate der Wahrheit entsprechen. Das ist auch deshalb herausfordernd, weil diese oft sehr eloquent präsentiert werden.

Braucht es Regulierungen in diesem Bereich?

Min Li Marti: Obwohl es bereits Software zur Plagiatskontrolle gibt, wird sich deren Einsatz in Zukunft bestimmt schwieriger gestalten, da sich die kommenden Generationen mit Verwendung von KI-Software ganze Arbeiten schreiben lassen können. Hierzu werden Schulen in Zukunft bestimmt Regulierungen erlassen müssen.

Franz Grüter: Gerne würde ich ergänzen, dass die aus den KI-Plattformen stammenden Inhalte nicht neu sind und oft aus den Medien stammen. In den USA sind bereits Klagen von Verlagshäusern gegen ChatGPT hängig. Sie machen Urheberrechtsansprüche geltend, da die von der Software gelieferten Daten aus der geistigen Arbeit ihrer Medien entstanden seien. Bestimmt wird es auch in der Schweiz bald solche Fälle geben.

Min Li Marti: Diese Problematik ergibt sich sowohl bei Chatbots wie ChatGPT als auch bei der Generierung von Bildern oder Liedern, die auf künstlicher Intelligenz beruhen. Wenn es darum geht, ein Bild

im Malstil von van Gogh oder ein Lied im Musikstil von Beyoncé zu erstellen, wird es urheberrechtlich gesehen problematisch.

Welche anderen Themen im KI-Bereich beschäftigen Sie und müssen Ihrer Meinung nach am dringendsten angegangen werden?

Min Li Marti: Mich beschäftigt die durch Algorithmen entstehende Diskriminierung sehr. Diese entsteht, weil Systeme, die mit KI funktionieren, von der Realität der Programmierenden abhängig sind. Dadurch werden andere gesellschaftliche Gruppen nicht genügend abgebildet. Algorithmen können also Diskriminierung und gesellschaftliche Ungleichheiten verstärken.

Zudem treibt mich die Frage um, ob die zunehmende Anzahl psychischer Erkrankungen bei Jungen einen Zusammenhang mit den sozialen Medien hat. Schliesslich sind die Plattformen dahingehend aufgebaut, dass ihre Nutzung süchtig macht, wodurch Isolation und Einsamkeit verstärkt werden. Sollte ein Zusammenhang bestehen, müsste meiner Meinung nach auch hier über Regulierungen diskutiert werden.

Sehen Sie bei der Vermeidung von Diskriminierung durch Algorithmen also den grössten Handlungsbedarf?

Min Li Marti: Franz Grüter und ich werden hier sicherlich nicht gleicher Meinung sein. Die Schweiz verfügt über einen relativ schwachen Diskriminierungsschutz. Im Gleichstellungsbereich ist dieser im Gesetz bedingt geregelt, hingegen sind ältere Personen oder Menschen mit einer Behinderung deutlich weniger geschützt. Meiner Meinung nach gilt es, diesem Umstand entgegenzuwirken, auch in Anbetracht der sich rasant entwickelnden Technologien.

Problematisch wird es bei Skaleneffekten. Bei der Post in England, beispielsweise, führte ein Fehler im System dazu, dass tausende Angestellte entlassen wurden. Ihnen wurden Inkorrektheiten bei der Abrechnung vorgeworfen. Nach rund zehn Jahren stellte sich jedoch heraus, dass es sich um einen Systemfehler gehandelt hatte. In den Niederlanden gab es Fälle, bei welchen aufgrund von Systemfehlern kein Kindergeld ausbezahlt wurde. Fehler und Diskriminierung werden niemals gänzlich verhindert werden, aber sie müssen korrigiert werden können.



Franz Grüter

Schlussendlich geht es auch um Akzeptanz: Inwiefern ist ein Entscheid gesellschaftlich akzeptabel, wenn er von einer Maschine anstelle eines Menschen gefällt wird? Und wie kann im Zweifelsfall Rekurs eingelegt werden? Ausserdem spielt es eine Rolle, wer die Technologie herstellt und welche Lebensrealitäten und Hintergründe diese Personen haben. Es bestehen zudem viele Ängste vor Missbrauch der Daten oder hinsichtlich der Überwachung – und das nicht zu Unrecht. Folglich ist für die Akzeptanz der Digitalisierung und neuer Technologien die Frage der Transparenz zentral. Es muss sichergestellt werden, dass Algorithmen nicht diskriminieren und nicht gegen den Gesetzesschutz agieren.

Franz Grüter: Ich lehne diese Diskussion nicht grundsätzlich ab. Für mich hat sie im gesamten Themenkomplex KI und Algorithmen jedoch einen geringeren Stellenwert als das Vorantreiben von Innovation. Ich würde es bedauern, wenn diese Frage zu einer der wichtigsten erklärt würde, während diejenigen, die uns voranbringen könnten, untergehen oder weniger stark gewichtet werden.

Also steht bei diesem Thema doch die Parteizugehörigkeit zwischen Ihnen beiden?

Franz Grüter: Nein. In unserer Gruppe werden Themen immer wieder kontrovers diskutiert und wir sind uns nicht in allem einig. Dies gehört jedoch zum Meinungsbildungsprozess und bringt uns voran.

Min Li Marti: Es ist nicht unser Anspruch, dass wir bei allen Themen gemeinsam auftreten. Unser Beitrag dient der Meinungsbildung und die verschiedenen Ansichten, die daraus resultieren, sind legitim.

Welche Mechanismen schlagen Sie vor, um gegen algorithmische Diskriminierung vorzugehen?

Min Li Marti: Da sehe ich verschiedene Möglichkeiten, wie zum Beispiel das Einsetzen einer Kommission, Qualitätskontrollen oder das Einführen einer gesetzlichen Haftung. Man könnte auch verbindlich regeln, welche Entscheide jeweils auch noch von einem Menschen kontrolliert werden müssen. Schlussendlich muss die Möglichkeit bestehen, dass illegale Aktivitäten verfolgt und ungerechte Entscheidungen angefochten werden können.

Franz Grüter: Es wäre bestimmt wichtig, dass eine Meldestelle existiert. Viele Unternehmen sind sich ihrer Fehler allenfalls gar nicht bewusst und sollten die Möglichkeit zur Korrektur erhalten. Erfolgt diese nicht, müsste die Option eines juristischen Vorgehens bestehen. In diesem Zusammenhang sollten von Seiten des Gesetzgebers Missbrauchsfelder und Korrekturbedarfe – wie zum Beispiel das Urheberrecht – identifiziert werden, bevor voreilig ein langes Gesetz verfasst wird.

Gibt es etwas, was Sie unseren Lesenden mitgeben möchten?

Min Li Marti: Ein Problem sehe ich im tiefen Diversitätsanteil in der Techbranche, sowohl in der IT als auch in anderen Bereichen. Ich erachte es als wichtig, dass sich möglichst viele verschiedene Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen an der Technologiegestaltung beteiligen. Es ist die massgebliche Zukunftsbranche und es scheint mir entscheidend, dass auch Frauen hier mitwirken – das verbessert auch die Produkte und Lösungen. Der Frauenanteil ist aber nach wie vor tief. Vielen Frauen erscheint es schwierig, sich in einem männerdominierten Umfeld zu behaupten. Ausserdem kursieren viele Vorstellungen über Techberufe, die nicht der Realität entsprechen, beispielsweise, dass die Arbeit wenig Kreativität und Kontakt mit Menschen erlaube. Dazu kommt, dass die Berufsfindung bei Jugendlichen in einer Phase stattfindet, in der die Rollenkonformität in Bezug auf die Geschlechtsidentität und der Gruppendruck meist noch relativ gross sind.

Es gibt aber auch jenseits eines Informatikstudiums oder einer Informatiklehre Möglichkeiten, in der Techbranche zu arbeiten. Es gibt auch den Weg, per Weiterbildung oder Zweitausbildung den Einstieg zu finden, wenn vielleicht Geschlechterstereotype nicht mehr so stark wirken, denn daran scheitert es oft in jungen Jahren. Dazu kommt, dass Jobs in dieser Branche in der Regel gut mit einer Familie zu vereinbaren sind.

Franz Grüter: Damit stimme ich überein. Ich komme selbst aus der IT-Industrie, in welcher 20 Prozent Frauen und 80 Prozent Männer tätig sind. Das verändert sich bedauerlicherweise auch beim Nachwuchs kaum. Es wäre spannend zu ergründen, wieso in meinem Empfinden viele Frauen in der Schweiz eine solch starke Abneigung haben, sich in

«Ich erachte es als wichtig, dass sich möglichst viele verschiedene Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen an der Technologiegestaltung beteiligen.»

Min Li Marti

der IT-Industrie zu engagieren. Dieses Verhältnis ist schliesslich in anderen Ländern in Asien, Südamerika und in den USA ganz anders. Ich wünschte mir, dass hier eine Verbesserung herbeigeführt wird.

Nadja Senn ist wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Kantonalen Opferhilfestelle Zürich und war von 2022 bis 2023 Hochschulpraktikantin bei der EKF.

«Es wäre spannend zu ergründen, wieso in meinem Empfinden viele Frauen in der Schweiz eine solch starke Abneigung haben, sich in der IT-Industrie zu engagieren.»

Franz Grüter

Anmerkungen

- 1 www.parldigi.ch
- 2 Europarat: Europarat verabschiedet ersten internationalen Vertrag über Künstliche Intelligenz, 2024. <https://www.coe.int/de/web/portal/-/council-of-europe-adopts-first-international-treaty-on-artificial-intelligence> (abgerufen am: 22.05.2024).
- 3 Der Bundesrat: Grosse Kommunikationsplattformen: Bundesrat strebt Regulierung an. [Medienmitteilung], 05.04.2023. <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-94116.html>.
- 4 Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD: Künstliche Intelligenz und Recht. [Rede], 22.03.2024. Konferenz zur Regulierung Künstlicher Intelligenz in Zürich, 2024. <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/reden/reden-der-bundesraete.msg-id-100501.html#:~:text=Der%20Bundesrat%20hat%20aber%20das,EU%20und%20im%20Europarat%20ber%C3%BCcksichtigen.>
- 5 www.deepl.com
- 6 <https://chatgpt.com>

Abstracts

Où en est la politique suisse dans le domaine de l'IA ? La coprésidence de Parldigi répond

La conseillère nationale PS **Min Li Marti** et le conseiller national UDC **Franz Grüter** se partagent la présidence de Parldigi. Il s'agit d'un groupe parlementaire qui étudie les questions de transformation numérique, dépose des interventions et organise des manifestations de sensibilisation. Dans leur interview, les deux parlementaires portent une appréciation sur les opportunités et les risques que présentent les outils d'IA et ils discutent de la nécessité d'une réglementation en Suisse. Ils montrent que, malgré leurs avis souvent divergents sur l'IA et la discrimination, ils arrivent régulièrement à trouver des consensus qui dépassent les clivages partisans.

Qual è la posizione della politica svizzera in materia di IA? Rispondono i due co-presidenti di Parldigi

La consigliera nazionale del PS **Min Li Marti** e il consigliere nazionale dell'UDC **Franz Grüter** co-presiedono Parldigi. Questo gruppo parlamentare si occupa di questioni legate alla digitalizzazione, presenta interventi parlamentari e svolge attività di sensibilizzazione attraverso manifestazioni, valutano le opportunità e i rischi degli strumenti basati sull'intelligenza artificiale. In quest'intervista, discutono del bisogno di regolamentazione in Svizzera e mostrano come, sebbene spesso le loro opinioni sul tema dell'intelligenza artificiale divergano, riescano sempre a trovare consensi interpartitici.